

Längst widerlegte Verschwörungstheorien vernebeln bis heute den Blick auf den Landesstreik.

Fake News: Bomben aufs Bundeshaus

Der unmittelbare Auslöser des Landesstreiks war der Beschluss des Bundesrats vom 6. November 1918, Zürich und Bern als Präventivmassnahme gegen angebliche Putschpläne militärisch zu besetzen. Die Antwort des Oltener Aktionskomitees auf diese Provokation war der Proteststreik vom 9. November und - nach gescheiterten Verhandlungen mit dem Bundesrat - der Landesstreik vom 12. bis 14. November. Weder damalige polizeiliche Untersuchungen noch die historische Forschung haben je eine Spur irgendwelcher Umsturzpläne gefunden. Nicht Fakten waren es, die Armeeleitung und Bundesrat zu ihrem verhängnisvollen Entscheid bewegten, sondern der mehr oder weniger blinde Glaube an fantasievolle, aber einer seriösen Überprüfung nicht standhaltende Verschwörungstheorien.

Einen entscheidenden Anstoss für das Truppenaufgebot gab das Schreiben von General Ulrich Wille vom 4. November 1918 an den Bundesrat. Wille schrieb darin unter anderem, er glaube an die „Möglichkeit eines plötzlichen und unerwarteten Ausbruchs einer Revolution“. Dies schon deshalb, weil er überzeugt sei, dass „in Zimmerwald und Kiental beschlossen worden sei, mit dem Umsturz der staatlichen Ordnung in der Schweiz den Anfang zu machen“. Typisches Beispiel einer unhaltbaren Verschwörungstheorie:

Zum einen war an den beiden internationalen sozialistischen Konferenzen im September 1915 und April 1916 nichts Derartiges diskutiert, geschweige denn beschlossen worden. Zum anderen verkennt der General hier den Unterschied zwischen Armeen und sozialen Bewegungen: Letztere treten nicht gemäss den Befehlen eines Oberkommandos in Aktion. Aber es überrascht nicht, dass ein hoher Offizier verschwörungstheoretisch denkt: Falschmeldungen sind seit jeher ein bekanntes Mittel der Kriegspropaganda, und die militärische Zensur begünstigt die Verbreitung von Gerüchten. Auch die Presse in der neutralen Schweiz war im Ersten Weltkrieg nicht davor gefeit, solche Fake News weiterzuverbreiten.

Eine ergiebige Quelle für Falschmeldungen war der franko-russische Publizist und Übersetzer Serge (ursprünglich Sergeij Markowitsch) Persky (1870-1938), der zeitweise in Montreux wohnte und regelmässig für die bürgerliche Presse der Suisse Romande schrieb. Zwischen 1918 und 1920 veröffentlichte Persky in der liberal-konservativen und frankreichfreundlichen Gazette de Lausanne wiederholt „Dokumente“, von denen er behauptete, dass sie von der Sowjetregierung stammten und deren Umsturzpläne in der Schweiz belegten.

Ein am 29. Oktober 1918 unter dem Titel „Pour terroriser le monde“ publizierter Artikel Perskys, den die NZZ zwei Tage auszugsweise in deutscher Übersetzung wiedergab, trug sicher nicht wenig zur Panikstimmung bei, die in diesen Tagen grosse Teile des schweizerischen Bürgertums erfasste. Persky legte darin einen Brief vor, den der sowjetrussische Politiker Moissei Urizki (1873-1918) erhalten haben soll - zwei Monate bevor er durch einen Revolutionsgegner ermordet wurde. In diesem Schreiben vom Juni 1918 wird empfohlen, in der Schweiz einen Generalstreik auszulösen und gleichzeitig Bombenanschläge auf das Bundesgericht in Lausanne, das Bundeshaus in Bern, die Nationalbank in Zürich und die Genfer Hauptpost zu verüben. Selbst der Bundesrat nahm die Bombengeschichte anfänglich ernst. Am 12. November, dem ersten Tag des Landesstreiks, leitete er ein Strafverfahren „wegen Verbrechen gegen die innere und äussere Sicherheit der Eidgenossenschaft“ ein und bezog sich dabei ausdrücklich auf Perskys Artikel. Doch schon am 8. Mai 1919 kam der Untersuchungsrichter zum Schluss, es handle sich bei diesem und weiteren von Persky publizierten „Dokumenten“ höchstwahrscheinlich um Fälschungen aus exil-russischen Kreisen. Am 27. Februar 1920 beschloss der Bundesrat auf Antrag der Bundesanwaltschaft schliesslich die ergebnislose Einstellung des Verfahrens.

Im Frühling 1919, kurz nach dem Abschluss des Landesstreikprozesses, wartete Persky mit einem noch sensationeller aufgemachten angeblichen Dokumentenfund auf. Wiederum in der Gazette de Lausanne erschien am 23. April eine „Generalinstruktion nach der Revolution in der Schweiz“, die angeblich zwei Wochen vor dem Landesstreik von Moskau an den sowjetrussischen Vertreter in Berlin geschickt worden war. Nach diesem „Dokument“ sollte die Schweiz in eine Sowjetrepublik umgewandelt, sollten Tausende von Regierungsmitgliedern, Beamten, Offizieren und bürgerlichen Journalisten in Geiselnhaft genommen und der bekannte polnische Bolschewist Karl Radek (1885-1939) als Diktator eingesetzt werden. Das Oltener Aktionskomitee erklärte dazu, Persky sei „entweder einem Schwindler zum Opfer gefallen oder selber ein ausgemachter Schwindler, Fälscher und Verleumder“. Persky klagte nicht gegen diese Aussage. Und auch Radek liess aus Ber!in, wo er im Gefängnis sass, über seinen Anwalt ausrichten, dass es sich um eine plumpe Fälschung handle.

Doch damit waren Perskys Märchen noch lange nicht aus der Welt geschafft. In der teilweise bis heute als seriöses Standardwerk geltenden zweibändigen Darstellung der Geschichte der Schweiz im Ersten Weltkrieg des Berner Oberländer Lehrers Jacob Ruchti (1878-1959) wird der Landesstreik in tendenziöser Weise behandelt, wobei wiederholt auf Perskys Artikel Bezug genommen wird. 1926 publizierte die Tribune de Lausanne eine Serie unter dem Titel „Die revolutionären Umtriebe in der Schweiz von 1916-1919 (von

einem Augenzeugen)“, Die Artikel erschienen später auch als Broschüre sowohl im französischsprachigen Original als auch auf Deutsch. Die Publikation war Teil einer schliesslich erfolgreichen Kampagne der extremen Rechten der Westschweiz gegen die Wahl Robert Grimms zum Nationalratspräsidenten. Sowohl die Artikelreihe als auch die Broschüre erschienen anonym. Bald wurde aber bekannt, dass der Verfasser Paul de Valliere (1877-1959) war, ein Berufsoffizier und Militärhistoriker, der zeitweise Direktor der Eidgenössischen Militärbibliothek war und politisch sehr weit rechts stand. De Valliere stützte sich weitgehend auf Perskys Artikel und reicherte sie noch mit weiteren Passagen an, wobei ihm geradezu lächerliche Fehler unterliefen. So stellte er etwa den bekannten Historiker und Marxforscher Rjassanow als „Mätresse“ des menschwissenschaftlichen Politikers Martynow vor. Noch peinlicher für einen schweizerischen Offizier war, dass er Bundesrat Arthur Hoffmann, der nach seinem abgefangenen Telegramm an Robert Grimm im Juni 1917 zurücktreten musste, mit dem deutschen General Max Hoffmann verwechselte. Anders als bei Persky ist bei de Valliere zudem eine eindeutig antisemitische Tendenz erkennbar. Das ist wenig überraschend: Die schon 1903 erstmals im russischen Zarenreich auftauchende Fälschung „Die Protokolle der Weisen von Zion“ wurde nach 1917 von grossen Teilen der Rechten als „Geheimplan“ der Oktoberrevolution angesehen.

Alles in allem kann also gesagt werden, dass bürgerliche Entscheidungsträger, Journalisten und sogar Historiker noch jahrzehntelang abenteuerlichen Berichten über Terror- und Aufstandspläne Glauben schenkten, deren kritische Lektüre sie eigentlich zumindest stutzig hätte machen müssen. Es lässt sich heute kaum mehr feststellen, ob sie Perskys „Dokumente“ wirklich für echt hielten oder ob sie es legitim fanden, es im Kampf mit dem politischen Gegner mit der Wahrheit nicht allzu genau zu nehmen. Für die Rechte waren Verschwörungstheorien attraktiv, weil sie eine einfache „Erklärung“ des Landesstreiks und der internationalen Welle von Protesten, Streiks und Revolutionen am Ende des Ersten Weltkriegs lieferten. Wer diese Unruhen für das Werk einer Handvoll böswilliger Verschwörer hält, dem kann es als durchaus überflüssig erscheinen, sich mit ihren wirtschaftlichen und sozialen Ursachen gründlich auseinanderzusetzen und daraus politische Schlüsse zu ziehen.

Adrian Zimmermann.

VPOD-Magazin, 1.10.2018.

Personen > Zimmermann Adrian. Falschmeldungen. Generalstreik. VPOD-Magazin, 2018-10-01